

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Ist der grosse Wurf durch kleine Anpassungen gefährdet?

Zur Kontroverse um die FBP-Steuerinitiative – VU sieht weitere Ungerechtigkeiten – Steuerausfälle verkraftbar und vertretbar für den Staat

Die FBP-Steuerinitiative hat die politische Landschaft etwas durchgeschüttelt. Die VU hat im Landtag zwar von «eklatanten Schwächen» der Vorlage gesprochen, aber dennoch ihre Zustimmung zu den grundsätzlichen Forderungen der FBP-Initiative nicht verweigern können. Die Frage der Finanzierbarkeit dieser kleinen Steuerreform bzw. die Verkraftbarkeit der Steuerausfälle für Land und Gemeinden wurde zwar gestellt, doch blieb die VU-Fraktion eine klare Antwort dazu schuldig. Profitieren wird auf jeden Fall der kleinere und mittlere Steuerzahler, während die Gesamtreform des Steuerrechts keineswegs gefährdet erscheint.

Die Einbringung der FBP-Steuerinitiative als fertig formulierter Gesetzesentwurf, der im Anhang auch Berechnungsbeispiele für die Entlastung einzelner Steuerpflichtiger enthielt, brachte die Mehrheitspartei, die bisher immer auf die von Regierungschef Brunhart schon seit Jahren versprochene und unmittelbar angekündigte Steuerreform verwiesen und gehofft hatte, in arge Verlegenheit. Die Familienfreundlichkeit des Antrags ist nicht nur ein Schlagwort, wie der in der Wortwahl jeweils nicht wählerische VU-Fraktionssprecher polemisierte, sondern mit Franken oder in Prozenten belegbar. Wenn nun die VU nach den Berechnungen des Steueramtes eine noch familienfreundlichere Variante vorschlägt, so tut dies der FBP-Initiative keinen Abbruch, weil einerseits die Vorlage nicht als das allein Seligmachende angepriesen worden war, auf der anderen Seite sich die FBP-Fraktion als sehr kooperativ gegenüber weiteren Vorschlägen verhielt.

Alle von der VU-Fraktion in die Waagschale des parteipolitischen Steuerwettbewerbwerbes geworfenen Vorschläge ändern die FBP-Initiative nur am Rande ab. Diese marginalen Abänderungen mögen in der einen oder anderen Form korrigierende Wirkungen haben, zu einer prozentual gleichmässigeren Entlastung aller kleinen oder mittleren Steuerpflichtigen führen oder noch grössere Differenzen zwischen alleinstehenden Steuerzahlern und Steuerpflichtigen mit Familien mit sich bringen, am Grundsatz der Steuerentlastung werden sie nicht viel ändern. Die von der VU-Fraktion georteten «eklatanten Schwächen» reduzieren sich bei genauerem Hinsehen als höchstens kleinere Unregelmässigkeiten, die sich weitgehend aus dem geltenden Steuerrecht ergeben, das beileibe nicht mehr aus einem Guss, sondern aus vielen Änderungen besteht.

Die FBP-Steuerinitiative hätte sich erübrigt, wenn die Regierung Brunhart in den letzten Jahren ihr Versprechen zur

Britische Verpflichtung

Berlin (spk/dpa) Queen Elizabeth II. von England hat die unvermindert starke Verpflichtung Grossbritanniens zur Unterstützung Berlins erneuert. Während eines Empfangs im Schloss Charlottenburg sagte die Königin am Dienstagabend, ihre Anwesenheit bei der Geburtstagsparade auf dem Maifeld sei «ein weiteres Zeugnis der Entschlossenheit meines Landes, diese Unterstützung so lange aufrechtzuerhalten, wie sie benötigt wird».

Vorlage der seit 1977 geplanten Steuerreform gehalten hätte. Denn mit dem Übergang zur allgemeinen Einkommensbesteuerung wollte die Regierung, wie es seit Jahren heisst, die Schwächen des geltenden Steuersystems ausmerzen. Der Hauptzweck des sich seit zehn Jahren in Bearbeitung befindlichen Steuergesetzes bildet bekanntlich die Wiedereinführung der anerkannten Besteuerungsgrundsätze wie Steuergerechtigkeit, Gleichmässigkeit und Verhältnismässigkeit, die durch die vielen kleinen Änderungen des Ge-

setzes sowie durch die veränderte wirtschaftliche Situation mit einer Umschichtung der Erwerbs- und Einkommensverhältnisse teilweise verloren gegangen sind.

Bewegung in die Steuer gebracht

Ein weiteres Hauptziel der Reform sollte die langfristige Sicherung des Finanzbedarfs von Land und Gemeinden darstellen, ohne dass vorerst nach Mehreinnahmen Ausschau gehalten wird. Die FBP-Steuerreform rüttelt an diesen

Grundsätzen, die auch zehn Jahre nach dem ersten Regierungsbericht über die Gesamtrevision des Steuergesetzes immer noch Gültigkeit haben, in keiner Weise. Ihr kommt aber das Verdienst zu, wieder Bewegung in die Diskussion um das geplante Steuerrecht gebracht zu haben: Die Steuerzahler können sich über die reduzierten Steuerlasten freuen, das Steuersystem steht erneut zur Diskussion – und der Regierungschef kündigte erneut ein baldiges Ende der Reformvorarbeiten an. (G.M.)

Verstärkte Zusammenarbeit mit Österreich

Der Bericht der Regierung zur Aussenpolitik auf dem Prüfstand

Trotz empfindlichen Reaktionen der VU-Fraktion auf die Kritik am Regierungsbericht über den Standort und die Zielsetzungen der liechtensteinischen Aussenpolitik werden aufmerksame Leser des Berichtes nicht umhin kommen, die Dürftigkeit der effektiven Aussagen neben den vielen Worthülsen und Gemeinplätzen mit Bedauern zu Kenntnis nehmen. Obwohl die parlamentarische Interpellation nicht ausdrücklich eine Stellungnahme zu den Beziehungen zum Nachbarstaat Österreich forderte, wäre zu erwarten gewesen, dass darüber eine Würdigung und Wertung vorgenommen wird. Doch der Regierungsbericht geht darauf nur in zwei kurzen Abschnitten ein.

In der Bestandesaufnahme der ausserpolitischen Beziehungen seit 1921 führt der Bericht der Regierung an, dass «die traditionell guten Beziehungen zu Österreich» im seither verflochtenen Zeitraum «verstärkt und ausgebaut» werden konnten. Dass diese Beziehungen aber erst vor relativ kurzer Zeit intensiviert wurden, nachdem über Jahrzehnte ein eher frostiges Kli-

ma zwischen den beiden Nachbarstaaten herrschte, wird im Bericht mit keiner Silbe erwähnt.

Staatsverträge und Besuche

Erwähnung finden dagegen die verschiedenen Staatsverträge, die mit der Republik Österreich im Bereich der rechtlichen Zusammenarbeit, des Sozial- und Bildungswesens geschlossen wurden. Ebenso wird erwähnt, dass durch den Besuch «hoher österreichischer Persönlichkeiten» und durch entsprechende Gegenbesuche «neue Impulse in Richtung einer beiderseitig erwünschten Weiterentwicklung und Vertiefung des nachbarschaftlichen Verhältnisses» entwickelt worden seien. Doch aus welchem Anlass diese Persönlichkeiten unser Land besuchten, wer diese Persönlichkeiten denn überhaupt waren, darüber geht der Bericht hinweg. Dass zu Beginn der achtziger Jahre in Wien und in Vaduz gegenseitig Botschaften eingerichtet wurde, ist dem Bericht genau ein Satz wert.

Wiederholungen bekannter Tatsachen

Unter dem Kapitel der künftigen bi-

lateralen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten wiederholt die Regierung in ihrem Bericht nicht nur bekannte Tatsachen, sondern vor allem auch fast wörtlich auch die Sätze der vorangehenden Ausführungen: «Die bilateralen Beziehungen zu Österreich haben, neben dem Abschluss von Staatsverträgen vor allem im Bereich der rechtlichen Zusammenarbeit, der Ausbildung und Erziehung und des Sozialwesens, wobei von seiten der Republik Österreich liechtensteinischen Belangen ausserordentliches Verständnis und Entgegenkommen erwiesen wurde, in den letzten Jahren eine Intensivierung und Aufwertung erfahren.»

Im weiteren hält der Bericht, in genau zwölfzeilen Zeilen, die künftigen Beziehungen fest, nämlich dass es gelte, «neue Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit aufzugreifen». Was diese neuen Möglichkeiten sein könnten, wird selbstverständlich nicht erwähnt – auf zwölfzeilen Zeilen wäre das auch ein schwieriges Unterfangen. (G.M.)

Untersuchung der Beziehung von Wald und Wild

Schalenwildbewirtschaftung unter Berücksichtigung landschafts- und wildökologischer Zusammenhänge

Die Wechselbeziehung zwischen Wald und Wild wird in unserem Land in nächster Zeit genauer untersucht. Die Untersuchung wird vom Forschungsinstitut Wildtierkunde der Veterinärmedizinischen Universität Wien durchgeführt. Forstleute und Jäger hatten am Montagabend Gelegenheit, sich über die vorgesehenen Erhebungen orientieren zu lassen.

Die vorgesehene Untersuchung der Schalenwildbewirtschaftung stiess auf grosses Interesse. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille konnte zahlreiche Forstleute und Jäger für die Informationsveranstaltung begrüssen, die einen theoretischen Teil mit Erläuterungen über die Notwendigkeit der Erfassung der Wechselbeziehung zwischen Wald und Wild umfasste, an den sich ein praktischer Teil mit einer Wilduntersuchung anschloss.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ging in seiner einleitenden Erklärung auf die Waldschäden durch die Luftverschmutzung ein und gab die Ziel-

setzung bekannt, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wald und Wild herzustellen. Nach seinen Worten ist eine Gesamtschau notwendig, weshalb die Regierung eine Untersuchung in Auftrag gegeben habe, die nicht nur die Situation in unserem Land im Auge habe, sondern auch Ergebnisse ähnlicher Untersuchungen in Graubünden und Vorarlberg miteinbeziehen werde.

Die Untersuchung umfasst, wie Prof. Dr. Kurt Onderscheka ausführte, zuerst eine Bestandesaufnahme, an die sich die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Schalenwildbewirtschaftung anschliessen werde. Das Wild ist nach seinen Worten, wie Untersuchungen in Österreich gezeigt hätten, ein wichtiger Indikator für die Umweltbelastung.

Auf die Ursachen und die Entstehung von Wildschäden ging Dr. Fritz Reimoser ein, der die Untersuchungen in unserem Land massgeblich begleiten wird. Als Ursachen der Wildschäden nannte er das Vorhandensein von grösseren Wildbe-

ständen, die erhöhten Wildschadendispositionen des Waldes sowie die strengere Schadensbewertung. Nach seinen Worten übt aber nicht nur das Wild, sondern auch die Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und der Fremdenverkehr einen Einfluss auf den Wald und das Wild aus. Die natürliche Wechselbeziehung zwischen Umwelt und Wildtier ist gemäss seiner Darstellung heute gestört, so dass eine Gesamtschau bei der Erfassung der Schäden und der Erstellung von Massnahmenplänen erforderlich sei.

Die Erhebungen über die Schalenwildbewirtschaftung soll bereits in diesem Sommer beginnen, wobei die Jäger und Forstleute in diese Untersuchung miteinbezogen werden. Die Erhebungen sollen an verschiedenen Jahreszeiten durchgeführt werden, um ein einigermaßen repräsentatives Bild zu erhalten. Bis im Herbst 1988 soll, so erklärte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, ein Gutachten mit den erforderlichen Massnahmen zur Bewirtschaftung des Schalenwildes vorliegen.



Information über die geplante Untersuchung über die Schalenwildbewirtschaftung in unserem Land. In der Bildmitte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Forstmeister Dr. Felix Näscher, links und rechts drei Mitarbeiter des Veterinärmedizinischen Instituts der Universität Wien, die das Projekt leiten werden. (Bild: Brigitt Rischi)

USV Eschen/Mauren oder FC Vaduz?

Morgen um 18 Uhr Liechtensteiner Cupfinal in Ruggell

Wie heisst der Liechtensteiner Fussball-Cupsieger 1987. FC Vaduz oder USV Eschen/Mauren? Morgen abend, mit Spielbeginn um 18 Uhr, stehen sich diese beiden Mannschaften in der 42. Auflage dieses traditionsreichen Wettbewerbs gegenüber. Der FC Vaduz, der den heimischen Cup bereits 21 Mal gewinnen konnte, gilt als Favorit. Der USV Eschen/Mauren strebt den vierten Cup an. Ruggell ist erst zum zweiten Mal in der Geschichte des Liechtensteiner Cups zum Finalort bestimmt worden. Im Vorrundenspiel kämpfen die Junioren C des FC Vaduz und des FC Schaan ab 16 Uhr um den Titel des Junioren-C-Cupsiegers.

Partei des Warschauer Paktes in Ost-Berlin

Ost-Berlin (spk/dpa) Eine Bekräftigung östlicher Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung wird vom Gipfeltreffen der sieben Staaten des Warschauer Paktes am Donnerstag und Freitag in Ost-Berlin erwartet. Westliche Fachleute halten auch eine Präzisierung und Konkretisierung schon vorgelegter Angebote für möglich, wie etwa im konventionellen Bereich.

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow, der direkt von seinem Staatsbesuch in Rumänien anreisen wird, und die Parteichefs der anderen ost-europäischen Staaten werden am Mittwoch nachmittag auf dem Flughafen Schönefeld in Ost-Berlin eintreffen. Gorbatschow hatte in Bukarest an seine Vorschläge zum Rüstungsabbau in verschiedenen Bereichen erinnert. Die östliche Seite habe die Bereitschaft gezeigt, dem Westen «maximal entgegenzukommen», was besonders bei den Mittelstreckenraketen in Europa sichtbar werde.

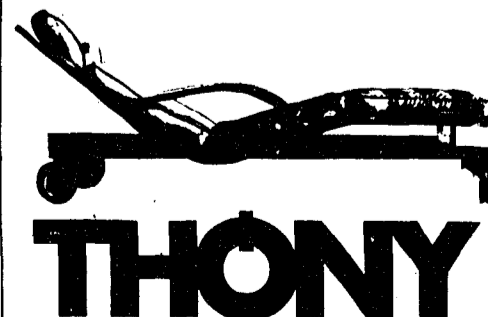
Kräftiges Wachstum der CH-Banken

Zürich (AP) Bei weiterhin sinkendem Dollarkurs und entspannter Zinssituation sind die Bilanzsummen der Schweizer Banken im ersten Quartal dieses Jahres deutlich gewachsen. Wie die Schweizerische Nationalbank (SNB) am Dienstag mitteilte, nahm die Bilanzsumme der 71 von der SNB-Statistik erfassten Banken im Vorjahresvergleich um 9,8 Prozent zu, verglichen mit 7,1 Prozent Wachstum vor Jahresfrist. Um den Dollarrückgang bereinigt resultierte sogar ein Wachstum von 14 Prozent.

Bei den Treuhandschaften hielt die rückläufige Entwicklung an: Das Volumen ging um 18,7 (Vorquartal: 17,4) Prozent zurück. Ausschlaggebend waren die auf Dollar lautenden Treuhandschaften, die beinahe die Hälfte des gesamten Bestandes ausmachen.

OPEN AIR

Die schönsten Gartenmöbel jetzt bei



9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16

Wohnen

Wir machen seit 1975 Forderungen zu Bargeld

afi

ANSTALT FÜR INKASSODIENSTE

Vaduz, Heiligkreuz 44, Tel. 2 99 44

Über 22.000 Inkasso-Aufträge erfolgreich abgeschlossen